

Entwicklungen und Herausforderungen der Zivilgesellschaft in Deutschland

Edgar Grande

Die Beiträge dieses Bandes zeigen eindrucksvoll, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland sehr vielfältig und – bei aller Widersprüchlichkeit – sehr vital ist. Aber wie ist es um ihre Zukunft bestellt? Welche Zukunftsperspektiven hat die Zivilgesellschaft in Deutschland? Dieser Frage möchte ich mich in diesem Beitrag über einen Umweg nähern. Ausgehend von einigen allgemeinen theoretischen Erwartungen zu den Entwicklungsperspektiven der Zivilgesellschaft werde ich mich mit neueren Entwicklungstendenzen beschäftigen und die Herausforderungen skizzieren, vor denen die Zivilgesellschaft derzeit – und auf absehbare Zeit – in Deutschland steht. Abschließend werde ich darauf eingehen, was getan werden kann und muss, damit sie diese Herausforderungen meistert. Meine *Schlussfolgerung* lautet, dass die Zukunft der Zivilgesellschaft nicht vorgezeichnet ist – sie ist vielmehr eine vordringliche gesellschaftspolitische Aufgabe.

1. Wie entwickelt sich die Zivilgesellschaft in Deutschland?

Nicht nur das Verständnis von Zivilgesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt, auch die Zivilgesellschaft selbst. Im Folgenden werde ich die wichtigsten Entwicklungslinien dieses Wandels in Deutschland kurz beschreiben. Diese Entwicklungen stehen im Kontext allgemeiner gesellschaftlicher Wandlungsprozesse. Zu deren Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft gab es – und gibt es noch immer – ganz unterschiedliche Erwartungen. Auf der einen Seite steht die insbesondere von Inglehart (1998) formulierte Theorie des gesellschaftlichen Wertewandels, aus der sich eine optimistische Prognose über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements ableiten lässt. In der post-industriellen Wohlstandsgesellschaft, so

die Annahme, gewinnen immaterielle Werte wie die individuelle Selbstverwirklichung an Bedeutung, die unter anderem im Wunsch nach größerer politischer Beteiligung ihren Ausdruck finden. Davon profitieren aber nicht in erster Linie die etablierten Parteien und Großorganisationen, sondern vor allem neue soziale Bewegungen (vgl. dazu den Beitrag von Rucht *in diesem Band*). Politische Soziologen und Bewegungsforscher wie Neidhart und Rucht haben die Bundesrepublik vor diesem Hintergrund auf dem Weg zur »Bewegungsgesellschaft« gesehen (vgl. Neidhart/Rucht 1993), zu einer »aktiven Gesellschaft« (Etzioni 1975), die sich nicht nur durch ein insgesamt höheres Engagementniveau auszeichnet, sondern auch durch neue, offenere Beteiligungsformen. Die Gegenthese hierzu formulierte Putnam, dessen Arbeiten die Zivilgesellschaftsforschung in den vergangenen fünfzig Jahren stark beeinflusst haben. Er behauptet in einer zuerst 1995 als Aufsatz erschienen Arbeit, dass die amerikanische Gesellschaft auf dem Weg zur Individualisierung sei. Dies zeige sich nicht zuletzt daran, dass die Bürger immer weniger in Gemeinschaft mit anderen aktiv seien und zunehmend alleine handelten: Das »bowling alone« (Putnam 1995) nehme immer mehr an Bedeutung zu. In diese Richtung argumentieren auch neuere soziologische Theorien, die den »Verlust des Allgemeinen« und die Überbetonung von »Singularitäten« in unserer Gesellschaft behaupten (vgl. Reckwitz 2018). »Bewegungsgesellschaft« oder »bowling alone« – dies scheinen, zugespitzt formuliert, die gegensätzlichen Entwicklungsperspektiven der Zivilgesellschaft auch in Deutschland zu sein.

Diese konträren Erwartungen waren ein wichtiges Motiv dafür, die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland kontinuierlich und systematisch zu erfassen und zu vermessen. Ausgehend von der Enquetekommission des Deutschen Bundestages »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements«, die 2002 ihren Abschlussbericht vorlegte (vgl. Enquete-Kommission 2002), war das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland in den vergangenen zwanzig Jahren Gegenstand zahlreicher Umfragen und Erhebungen, beginnend mit dem ersten Freiwilligen-Survey aus dem Jahr 1999, der seither in regelmäßigen Abständen durchgeführt wird (zuletzt: Simonson et al. 2017). Hinzu kommen die Engagementberichte des Bundesfamilienministeriums (zuletzt: Deutscher Bundestag 2020); die Erhebungen des Stifterverbandes (Priemer et al. 2017), Umfragen wie die des Allensbacher Instituts für Demoskopie (z.B. BMFSFJ 2017) – um nur die wichtigsten zu nennen. Bei allen Unterschieden im Detail zeigen diese Studien einhellig, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland sehr aktiv ist, dass das bürgerschaftliche Engagement stark ausgeprägt ist. Etwas vereinfacht kann man sagen, dass in

Deutschland jeder zweite Bundesbürger auf die eine oder andere Weise aktiv ist. Der letzte Freiwilligensurvey hat daraus den Schluss gezogen, dass sich in Deutschland heute mehr Personen freiwillig oder ehrenamtlich engagieren als jemals zuvor (Simonson et al. 2017, S. 21).

Ist das so? Der Blick in die ältere soziologische Literatur lässt Zweifel an solchen Aussagen aufkommen. Die Bundesrepublik Deutschland war schon in den Nachkriegsjahren eine »organisierte Gesellschaft«. Die Mitgliederstärke der Kirchen und Gewerkschaften, aber auch der großen »Volksparteien« – die damals noch beides waren: groß und »Volksparteien« – belegen dies eindrucksvoll. Mayntz kam in ihrem erstmals 1963 erschienen Buch »Soziologie der Organisation«, dem Klassiker der Organisationssoziologie in Deutschland, zu dem Ergebnis, dass in den 1950er Jahren »etwas über die Hälfte der Erwachsenen Mitglieder von freiwilligen Vereinigungen und Verbänden (sind), und zwar nicht selten von mehreren zugleich« (Mayntz 1963, S. 8).

Dies legt die Vermutung nahe, dass es nicht der Gesamtumfang der Beteiligung ist, der sich verändert hat, sondern Form und Intensität des Engagements. Auf drei Aspekte dieses Wandels möchte ich im Folgenden ausführlicher eingehen: Erstens den Strukturwandel, also den Wandel der Organisations- und Engagementformen, in dem sich die Zivilgesellschaft seit geraumer Zeit befindet; zweitens den Aktivierungsschub, den die Zivilgesellschaft in den vergangenen Jahren erfahren hat; und drittens die zunehmende Politisierung von Zivilgesellschaft. Diese drei Aspekte – Strukturwandel, Aktivierung und Politisierung – prägen zusammen die Entwicklung und die Entwicklungsperspektiven der Zivilgesellschaft in Deutschland. Ich werde jeden dieser drei Punkte kurz erläutern.

Die Zivilgesellschaft wandelt sich!

Die Veränderungen innerhalb der Zivilgesellschaft sind ein zentrales – und höchst kontrovers diskutiertes – Thema der Zivilgesellschaftsforschung. Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass sich die assoziativen Grundlagen unserer Gesellschaft grundlegend verändern. Dieser Wandel der Zivilgesellschaft hat viele Facetten. Er reicht vom Vereinswesen über die soziale Bewegungslandschaft bis hin zu den politischen Parteien. Am bekanntesten ist der Bedeutungs- und Mitgliederverlust von großen Organisationen. Das betrifft die Volksparteien, die Kirchen und die Gewerkschaften. Für die Gewerkschaften finden sich im Beitrag von Wolfgang Schröder (*in diesem Band*) die entsprechenden Zahlen.

Für das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland hat die Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« den Wandel der Engagementformen bereits im Jahr 2002 detailliert aufgezeigt (vgl. Enquete-Kommission 2002). Die vorliegenden Befunde zeigen, dass das bürgerschaftliche Engagement zwar insgesamt zugenommen hat, dass sich aber gleichzeitig sein Tätigkeitsspektrum und seine Organisationsformen gewandelt haben. Feste, dauerhafte Bindungen an Vereine, Verbände und Parteien verlieren an Bedeutung, während sich neue, flexiblere Formen des Engagements herausbilden.

Am Beispiel der Vereine und der Veränderung der Vereinslandschaft lässt sich dieser Wandel gut veranschaulichen. Die Vereine sind noch immer die stärkste Säule der Zivilgesellschaft in Deutschland. Die Hälfte des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland findet in Vereinen statt. Es gibt in Deutschland über 600.000 Vereine und der Stifterverband erfasst ihren Bestand und ihre Entwicklung systematisch. In seinem letzten Bericht aus dem Jahr 2017 kommt er zu dem Ergebnis: »Kulturpessimisten zum Trotz: Nach wie vor werden neue Vereine, Stiftungen und andere Organisationen gegründet. Die Zahl der in den Vereinsregistern eingetragenen Vereine ist von 2012 bis 2016 um knapp 23.600 auf rund 604.000 gestiegen« (Priemer et al. 2017, S. 10). Das ist die gute Nachricht. Wenn man sich aber die Entwicklung der Vereinslandschaft genauer anschaut, dann zeigt sich noch ein anderes Bild: Die Zahl der jährlich neu gegründeten Vereine nimmt kontinuierlich ab (von 22.042 im Jahr 1995 auf 15.084 im Jahr 2013), während die Zahl der jährlich aufgelösten Vereine kontinuierlich ansteigt (von 4.448 im Jahr 1995 auf 10.512 im Jahr 2013) (vgl. Priemer et al. 2017, S. 8). Man muss kein »Kulturpessimist« sein, um zu erwarten, dass sich diese beiden Entwicklungslinien bald treffen und überschneiden werden – wenn sie es nicht schon längst getan haben. Kurz gesagt: Die Daten des Stifterverbandes belegen nicht nur die große Vitalität der Zivilgesellschaft, sie lassen auch befürchten, dass uns schon in diesem Jahrzehnt eine Debatte über das Vereinssterben in Deutschland bevorsteht. Hinzu kommt, dass sich auch die Funktionen von Vereinen, insbesondere für ihre Mitglieder, verändert haben. Der Stifterverband hat die Vereine auch nach Organisationstypen unterschieden und ihre relative Bedeutung über Zeit erfasst. Dabei ist auffällig, dass im Zeitverlauf der Anteil von Organisationen, die sich als fördernde Themenanwälte oder als reine Förderorganisationen verstehen, ansteigt, während der Anteil der sogenannten »Integrierer«, also von gemeinschaftsorientierten Vereinen, stark zurückgegangen ist (vgl. Priemer et al. 2017, S. 21).

Aktivierung der Zivilgesellschaft

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Deutschland war in den vergangenen Jahren auch geprägt durch eine Zunahme des bürgerschaftlichen Engagements in den verschiedensten Formen; und wenn man den Umfragen glaubt, besteht auch noch ein erhebliches Aktivierungspotential.

Ein wichtiger Aspekt dieser Aktivierung sind neue Protestbewegungen. In Deutschland ist eine neue Protestlandschaft entstanden, die viele Gesichter, vor allem neue Gesichter, hat. Pegida, der neue Rechtspopulismus und der Protest gegen Einwanderung in Deutschland ist eine Facette dieser neuen Protestbewegungen. Aber: Vor Pegida gab es bereits die »Wutbürger«, das was Gassert (2018) den »Aufstand der Ausgebildeten« nennt und die Proteste gegen »Stuttgart 21«. Ein weiteres Gesicht sind die neuen Umweltproteste. Diese Umweltproteste haben zwei Seiten. Zu ihnen gehören zum einen die Schülerproteste von »Fridays for Future«, die im Jahr 2019 gerade in Deutschland große mediale Aufmerksamkeit gefunden haben; dazu gehören aber auch die Proteste gegen Dieselfahrverbote und die Demonstrationen von Landwirten gegen stärkere Umweltschutzauflagen. Die Corona-Proteste des Jahres 2020, insbesondere die »Querdenken«-Demonstrationen, sind ein weiteres neues Gesicht in der deutschen Protestlandschaft.

Besonders deutlich hat sich das große Engagementpotential in Deutschland in der sogenannten Flüchtlingskrise gezeigt. Das nach 2015 entstandene bürgerschaftliche Engagement gilt als »Sternstunde für die Zivilgesellschaft« (Schiffauer et al. 2017: 29) in Deutschland. Inzwischen liegen zahlreiche Studien vor, die die große Bedeutung der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung der unmittelbaren Herausforderungen durch die Ankunft einer großen Zahl von Geflüchteten, ihre Unterbringung und Betreuung dokumentieren und die die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Initiativen, die organisationale Vielfalt lokaler Aktivitäten, die Motivation der Beteiligten und das Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure untersuchen (Schiffauer et al. 2017; BMFSFJ 2017; vgl. dazu auch die Beiträge von Poweleit und van den Berg et al. in diesem Band).

Die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 hat der Zivilgesellschaft einen starken Aktivierungsschub gegeben. In der Flüchtlingsbewegung haben 25 Prozent der Bundesbürger aktiv Hilfe geleistet. Schiffauer spricht in diesem Zusammenhang von einer »neuen Bürgerbewegung«. Wie eine vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) beauftragte und vom Allensbach-Institut durchgeführte Studie zeigt, gehörten 21 Prozent derer, die zwischen 2015

und 2017 in der Flüchtlingshilfe aktiv waren, vor 2015 weder zu Spendern, noch zu Aktiven in zivilgesellschaftlichem Engagement (BMFSFJ 2017). Das ist enorm viel. Die spannende Frage ist natürlich, was davon bleibt, wie nachhaltig dieses Engagement für die Zivilgesellschaft ist und welche längerfristigen Auswirkungen diese Aktivierung hat. Die Studie von van den Berg et al. (in diesem Band) zeigt, dass das Engagement in diesem Bereich schon vor der Corona-Pandemie vielerorts auf einen harten Kern von Engagierten geschrumpft war. Offensichtlich ist es höchst voraussetzungs- und spontane Aktivierung und Engagement für die dauerhafte Bildung von neuem sozialen Kapital zu nutzen.

Politisierung der Zivilgesellschaft

Wir wissen bereits seit geraumer Zeit, dass in den westlichen Demokratien ein grundlegender Wandel der politischen Konfliktstrukturen stattfindet (vgl. Kriesi et al. 2008). Dieser Wandel wurde ausgelöst durch Prozesse der gesellschaftlichen »Denationalisierung« in ihren verschiedenen Dimensionen: ökonomisch, politisch und sozio-kulturell; konkret: durch die Folgen globaler wirtschaftlicher Verflechtung, supranationaler Integration und transnationaler Migration. Dadurch ist ein neuer struktureller Konflikt zwischen neuen Gruppen von »Gewinnern« und »Verlierern« entstanden. In diesem Konflikt geht es um Integration oder Abgrenzung, um Öffnung oder Schließung – von Märkten, von politischen Systemen und von sozialen Gemeinschaften. Für diese Konflikte waren bislang vor allem zwei Themen konstitutiv: Einwanderung und Europa. Diese Themen waren schon in den 1990er Jahren konfliktträchtig, durch die Eurokrise und die Flüchtlingskrise hat ihre politische Sprengkraft jedoch erheblich zugenommen. Durch diese neuen Konflikte ändern sich die Grundkoordinaten der Politik. Mit dem alten Links-Rechts-Schema, das überwiegend die sozio-ökonomischen Konflikte der kapitalistischen Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts abbildet, sind wir nicht in der Lage, die neuen kulturell-identitären Konflikte angemessen politisch zu verorten. Durch diese Konflikte ist ein zweidimensionaler politischer Raum entstanden, in dem die Unterscheidung von links und rechts ihre Aussagekraft verliert. In den vergangenen Jahren waren wir alle Zeugen der politischen Orientierungslosigkeit, die daraus resultiert (vgl. Grande 2018a).

Diese neuen Konflikte wirken sich nicht nur auf das Parteiensystem aus, sondern in die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite und Vielfalt hinein. Das hat zu einer *Politisierung der Zivilgesellschaft* geführt und diese Politisierung ist

ein wichtiger und in Deutschland bislang unterschätzter Aspekt des Wandels der Zivilgesellschaft. Bei genauerer Betrachtung können wir mehrere *Muster und Kanäle der Politisierung der Zivilgesellschaft* unterscheiden (vgl. Grande 2018b):

- das Entstehen neuer zivilgesellschaftlicher Vereinigungen mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen (z.B. Menschenrechte, Flüchtlingshilfe). Die zahlreichen Helfervereine, die im Zuge der Flüchtlingskrise in Deutschland entstanden, sind das beste Beispiel hierfür;
- das Entstehen neuer sozialer Bewegungen »von rechts« zu den neuen Konfliktthemen (z.B. Pegida). Es gibt in Deutschland inzwischen zahlreiche Organisationen und Gruppierungen, durch die sich der Rechtspopulismus »als soziale Bewegung« (Rucht 2017) konstituiert und zu den neuen Konfliktthemen in der Zivilgesellschaft mobilisiert;
- die Politisierung bestehender zivilgesellschaftlicher Vereinigungen (z.B. Freizeitvereine) durch das gezielte Hineintragen neuer Konflikte (insb. durch die AfD und deren Bestrebungen um eine stärkere »Verankerung in der Gesellschaft«) in die Zivilgesellschaft, aber auch in Schulen und Betriebe;
- die Gegenmobilisierung gegen radikalen rechten Populismus. Die Aktivitäten rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen treffen zunehmend auf politischen Widerstand und folgen dem bekannten Muster von Mobilisierung und Gegenmobilisierung, beispielhaft in den letzten Jahren in Chemnitz und Kandel.

Bei all dem zeigt sich, dass das zivilgesellschaftliche Engagement auch seine Schattenseiten hat. Offensichtlich sind auch die freiwilligen zivilgesellschaftlichen Assoziationen geprägt durch die in einer Gesellschaft dominierenden politischen Konflikte. Die Zivilgesellschaft ist dadurch in zunehmendem Maß der Gefahr von Polarisierungen und Spaltungen ausgesetzt, wie Vorländer und Schroeder et al. in ihren Beiträgen (*in diesem Band*) zeigen.

2. Vor welchen Herausforderungen steht die Zivilgesellschaft in Deutschland?

In der Gesamtschau zeigen die vorliegenden Studien, dass wir in Deutschland eine sehr aktive und vielfältige Zivilgesellschaft besitzen, die ein großes Ak-

tivierungspotential hat. Das ist die gute Nachricht. Gleichzeitig ist aber auch erkennbar, dass sich die Zivilgesellschaft im Wandel befindet. Ihre Organisation und ihre Handlungsformen haben sich stark verändert. Und daraus folgt, so paradox es klingen mag: Die Zivilgesellschaft muss sich wandeln. Drei Aspekte sind aus meiner Sicht dabei besonders wichtig.

Der Wandel der Zivilgesellschaft und das Problem der Beständigkeit

Die erste Herausforderung, vor der die Zivilgesellschaft steht, ist das Problem der Beständigkeit, das sich aus dem Wandel ihrer Organisations- und Handlungsformen ergibt. Im Kern geht es um die Frage, wie in einer sich ständig wandelnden Welt von zivilgesellschaftlichen Initiativen Beständigkeit und nachhaltige Wirkung erreicht werden kann? Dieses Problem der Beständigkeit betrifft sowohl alte als auch neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements, wenngleich auf unterschiedliche Weise. Besonders offensichtlich ist es bei der nahezu unüberschaubaren Vielzahl neuer Initiativen und Projekte. Die geringere Formalisierung von projektorientierten Engagementformen hat den großen Vorteil der Spontaneität, Flexibilität und Autonomie. Sie trägt ganz wesentlich zur großen Vitalität der Zivilgesellschaft bei. Aber das bringt auch das Problem der fehlenden Beständigkeit mit sich. Viele Projekte und Initiativen sind gar nicht auf längere Zeit ausgelegt, vielen anderen fehlen die Ressourcen dafür. Sie sind stark abhängig vom Engagement Einzelner, den besonders motivierten »Kümmerern« (Ebert et al. 2013), und der zeitlich befristeten Projektförderung. Ein nachhaltiger Aufbau neuen sozialen Kapitals ist auf diese Weise nur schwer, wenn überhaupt möglich.

Vor diesem Hintergrund hat der damalige baden-württembergischen Sozialminister Andreas Renner den Schluss gezogen: »Vereine sind besser als kurzfristiges Engagement.« »In der praktischen Arbeit einer Kommune und einer kommunalen Verwaltung sind [...] die Vereine wesentlich wichtigere Ansprech- und Kooperationspartner als eher kurzfristig angelegte Aktionen und Initiativen, da nur Vereine Beständigkeit über längere Zeiträume hinweg garantieren können.« (Renner 2001, S. 185)

Aber das Problem der Beständigkeit betrifft, wie wir gesehen haben, auch die Vereine. In ihrem Fall zeigt es sich an der Schwierigkeit, junge Mitglieder zu rekrutieren und an der abnehmenden Bereitschaft, Ehrenämter zu übernehmen. Wenn sie nicht aussterben wollen, dann müssen sie sich an veränderte Bedingungen anpassen und neu positionieren. Wolfgang Schroeder hat das für die Gewerkschaften in seinem Beitrag (*in diesem Band*) skizziert. Kon-

kret heißt das: Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen ihre Zielsetzungen überdenken, ihre Organisationsstrukturen, ihre Tätigkeitsschwerpunkte, ihre Kommunikationsformen (Internetpräsenz, soziale Medien) und vieles mehr.

Die Stärkung der Beständigkeit der Zivilgesellschaft muss folglich an beiden Seiten ansetzen. Auf der einen Seite muss sichergestellt werden, dass bestehende Vereine erhalten bleiben. Gleichzeitig müssen aber auch neue Initiativen und Projekte so unterstützt werden, dass ihre Beständigkeit größer wird. Auf diese Weise sollte erreicht werden, dass die neue Welt der Initiativen und Projekte, die ein immer wichtigerer Teil der Zivilgesellschaft geworden ist, auch tatsächlich ein verlässlicher Ansprech- und Kooperationspartner von Kommunen, Verwaltungen usw. ist. Kurz gesagt: In der sich wandelnden Welt der Zivilgesellschaft muss zugleich Beständigkeit gesichert und Beständigkeit geschaffen werden.

Wandel der gesellschaftlichen Handlungsbedingungen

Die zweite Herausforderung, vor der die Zivilgesellschaft steht, ergibt sich aus dem gesellschaftlichen Wandel. Unsere Gesellschaft wird zunehmend geprägt durch den demographischen Wandel, die größere soziale Ungleichheit und durch Migrationsprozesse. Zugespitzt formuliert: Sie wird älter, ungleicher und diverser. Das ist eine Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, es ist aber auch eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft. Ich möchte hier nur auf ein Problem eingehen, das sich in diesem Zusammenhang für die Zivilgesellschaft stellt, das Problem der Inklusion und Integration.

Zivilgesellschaft ist ihrem Anspruch nach universell: Jeder kann dazu gehören. In der Realität ist sie aber exklusiv und selektiv (Kocka 2001). Der Freiwilligen-Survey aus dem Jahr 2014 zeigt dies für Deutschland sehr deutlich (vgl. Simonson et al. 2017; zum folgenden vgl. zusammenfassend S. 21-27). Er kommt zu dem Ergebnis, dass

- Bürger mit höherer Bildung und höherem Einkommen sich überdurchschnittlich engagieren;
- ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle im Engagement besteht. Die Engagementquote beträgt in Westdeutschland 44,8 Prozent, in Ostdeutschland nur 38,5 Prozent;

- es ein deutliches Stadt-Land-Gefälle gibt: Das Engagement ist in ländlichen Kreisen höher als in städtischen Regionen; besonders niedrig ist es in Großstädten;
- es ein regionales Gefälle zwischen Regionen mit hoher und mit niedriger Arbeitslosigkeit gibt;
- Bürger mit Migrationshintergrund sich unterdurchschnittlich engagieren. Das gilt insbesondere für Menschen mit eigener Migrationserfahrung.

Die Zivilgesellschaft ist also alles andere als ein Spiegel der Gesellschaft. Die Frage ist dann: Wie kann die Zivilgesellschaft inklusiver werden? Wie können wir erreichen, dass durch bürgerschaftliches Engagement die vorhandenen Ungleichheiten und Spaltungen in unserer Gesellschaft verringert und nicht vergrößert werden?

Die Frage ist aber auch: Wie kann die Zivilgesellschaft integrativer werden? Wenn Spaltungen und Polarisierungen zunehmen, dann kommt es darauf an, Brücken zu bauen zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Milieus. Deswegen ist eine ganz entscheidende Frage, was die Zivilgesellschaft dazu beitragen kann, um solche Spaltungen und Polarisierungen abzubauen und abzuschwächen. Zugespitzt formuliert: Die Integrationskraft der Zivilgesellschaft muss gestärkt werden.

Veränderte Handlungsräume und Handlungsbedingungen für Zivilgesellschaft

Die dritte Herausforderung resultiert aus dem Wandel der Handlungsräume von Zivilgesellschaft. Drei Aspekte sind aus meiner Sicht hierbei von besonderer Bedeutung: die rechtlichen und politischen Handlungsbedingungen, die territorialen Handlungsräume und die Veränderungen in der Medienlandschaft.

Zunächst: In der Zivilgesellschaft wird seit einigen Jahren eine intensive Debatte über »shrinking spaces«, über die schrumpfenden Handlungsräume von Zivilgesellschaft geführt. Dabei handelt es sich um einen globalen Trend: Weltweit schrumpfen die Handlungsräume von Zivilgesellschaft, werden die Handlungsbedingungen für Zivilgesellschaft schlechter (vgl. Richter 2018). In Europa ist Ungarn sicherlich das prominenteste Beispiel hierfür. Nun ist Deutschland nicht Ungarn, aber die Entwicklungen dort sind ein wichtiger Hinweis darauf, dass die Zivilgesellschaft abhängig ist von ermöglichenden

und unterstützenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Diese politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen können wir nicht selbstverständlich voraussetzen, auch nicht in Deutschland. In Deutschland hat 2019 das Attac-Urteil des Bundesfinanzhofs große Wellen geschlagen. Mit diesem Urteil wurde einer globalisierungskritischen zivilgesellschaftlichen Organisation der Status der Gemeinnützigkeit entzogen – und damit ihre Handlungsbedingungen erheblich geschwächt. Die Tagesschau fragte nach diesem Urteil: Ist die »Freiheit der Zivilgesellschaft in Gefahr?« (tagesschau.de vom 1.4.2019) Dieses Urteil steht in einer Reihe mit anderen Debatten, die alle in die gleiche Richtung weisen. Die Kontroverse um die Deutsche Umwelthilfe ist ein weiteres Beispiel. Die CDU hat im Dezember 2018 auf ihrem Bundesparteitag beschlossen, dass die Deutsche Umwelthilfe keine öffentlichen Fördermittel mehr bekommen soll. Die Botschaft, die von solchen Entscheidungen ausgeht, ist recht einfach zu verstehen: Wenn die Zivilgesellschaft etwas will, was uns nicht passt, dann drehen wir ihr den Geldhahn zu! Wir sollten also auch in Deutschland sensibilisiert sein für solche Entwicklungen und Möglichkeiten. Wenn es um grundsätzliche gesellschaftliche Konflikte geht, wenn diese Konflikte in der Zivilgesellschaft ausgetragen werden, und wenn die Zivilgesellschaft ein Schlüsselakteur in solchen Konflikten ist, dann ist auch damit zu rechnen, dass die Zivilgesellschaft, ihre Handlungsräume und Handlungsbedingungen, auf die eine oder andere Weise Gegenstand von politischen Angriffen wird.

Gleichzeitig erweitern sich die Handlungsräume von Zivilgesellschaft aber auch. Europa ist ein ganz wichtiger Teil dieser Erweiterung. So wichtig ihre lokale und nationale Verankerung ist, die Zivilgesellschaft hat sich längst auch in diesen neuen transnationalen Handlungsräumen vernetzt und positioniert. Sie ist dadurch zunehmend zu einem Spagat zwischen der Beteiligung an europäischen Politikprozessen einerseits und ihrer lokalen bzw. nationalen Verankerung gezwungen.

Und schließlich verändert sich der kommunikative Handlungsraum von Zivilgesellschaft. Wir befinden uns mitten in einem neuen Strukturwandel von Öffentlichkeit durch soziale Medien, in dessen Zuge die Reichweite der Kommunikation zwar enorm zugenommen hat, die Kommunikation in »sozialen Netzwerken« aber immer weniger über politische und gesellschaftliche Gruppen hinweg erfolgt. Daraus ergibt sich eine ganze Reihe von grundsätzlichen Fragen. Wie sind denn sogenannte »virtuellen Gemeinschaften«, also Formen von Netzwerkbildung, bei denen man lediglich über neue Kommunikationsmedien miteinander verbunden ist, aus Sicht der Zivilgesellschaft

einzuordnen? Sind das überhaupt »Gemeinschaften«? Und wenn ja, sind sie dann Teil von Zivilgesellschaft? Wir wissen natürlich, dass diese neuen Medien auch Mobilisierungschancen mit sich bringen. Neue Protestbewegungen wie »Fridays for Future« wären ohne diese Mobilisierungs- und Kommunikationsmöglichkeiten schwer denkbar. Aber: Man kann mit den neuen sozialen Medien auch viel »zerstören« – nicht nur die CDU.

3. Was kann man tun, um die Zivilgesellschaft in Deutschland zu stärken?

Diese Auflistung erhebt keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit. Sie macht aber deutlich, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland vor großen Herausforderungen steht. Die Zivilgesellschaft kann nicht davon ausgehen, dass der Handlungsraum, in dem sie sich bewegt, konstant bleibt. Die Zivilgesellschaft muss sich an diese veränderten Handlungsbedingungen anpassen, auf welche Weise auch immer. Bei näherer Betrachtung ist auch erkennbar geworden, dass die Zivilgesellschaft die Bedingungen für ihre Bestands-, Handlungs- und Leistungsfähigkeit nicht selbst schaffen und garantieren kann. Was für den Staat gilt, das gilt auch für die Zivilgesellschaft. Daraus folgt aus meiner Sicht, dass die Zivilgesellschaft Unterstützung benötigt, um die von mir skizzierten Herausforderungen bewältigen zu können. Eine lebendige Zivilgesellschaft benötigt eine aktive Engagementpolitik zur gezielten Förderung nachhaltigen bürgerschaftlichen Engagements.

Was genau könnte man nun aber tun, um die Zivilgesellschaft bei der Bewältigung der Herausforderungen, vor denen sie steht, zu unterstützen? Ich möchte abschließend einige Vorschläge einer Expertenkommission – der Kommission »Sicherheit im Wandel« – präsentieren, in der ich mitgearbeitet habe. Diese Kommission hat sich mit der Frage beschäftigt, wie man den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland stärken kann. Sie hat sich in diesem Zusammenhang auch ausführlich mit der Zivilgesellschaft beschäftigt, weil sie davon ausgegangen ist, dass die Zivilgesellschaft der »Zement der Gesellschaft« (Diani 2015) ist. Die Kommission diskutierte eine ganze Reihe von Vorschlägen, von denen sich einige in ihrem Abschlussbericht wiederfinden (vgl. Zentrum Liberale Moderne 2019).

Die Kommission war sich einig, dass ein wichtiger Ansatzpunkt für die Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement in den Schulen liegt. Auch Engagement kann und muss gelernt werden und Schulen werden immer wich-

tiger als Orte für das Engagementlernen. Ein erster Vorschlag betrifft deshalb den Ausbau und die stärkere Förderung schulischer Projekte zum sogenannten »Service Learning«. In solchen Projekten geht es um das Erlernen von bürgerschaftlichem Engagement als Teil schulischer Aktivitäten. Eine andere Möglichkeit sind »Kohäsionsprojekte«, in denen Jugendliche aus allen sozialen Schichten schulübergreifend in sozialen Projekten zusammenarbeiten. In beiden Fällen sollte das Engagement in Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen, Initiativen und Projekten stattfinden. Auf diese Weise kann zum einen in Zusammenarbeit von Schulen und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisation Engagement gelernt werden, zum anderen können aber auch die Brücken geschlagen werden zu den lokalen Vereinen und Initiativen, und so die organisierte Zivilgesellschaft besser vernetzt und gestärkt werden.

Der zweite Vorschlag betrifft den Ausbau von Freiwilligendiensten für Jugendliche zu einer verbindlicheren Form des Engagements. Derzeit wird in Deutschland ja die Einführung eines »sozialen Pflichtjahres« diskutiert, das an die Stelle der abgeschafften Wehrpflicht treten könnte. Die Kommission ist diesem Vorschlag nicht gefolgt. Sie war sich einig, dass Freiwilligkeit ein wichtiger Aspekt des Engagements bleiben sollte. Das schließt nicht aus, dass es eine neue, erweiterte Struktur von freiwilligem Engagement mit größerer Verbindlichkeit für junge Menschen geben könnte. Entscheidend sollte dabei ein hohes Maß an Freiwilligkeit und Flexibilität auf der einen Seite, die Einbindung in bestehende Strukturen des zivilgesellschaftlichen Engagements andererseits sein. Wichtig hierbei ist, dass die Gesellschaft die klare Erwartung an junge Menschen formuliert: Wir wollen, dass Du etwas für die Gesellschaft tust! Du darfst selbst entscheiden, was Du machst und wie Du das machst, aber Nichtstun ist keine akzeptable Option.

Der dritte Vorschlag versucht Antworten auf die Frage zu geben, wie man dem drohenden Vereinssterben entgegenwirken kann. Ein wichtiger Ansatzpunkt hierbei ist die Förderung von professionellen Strukturen in den Gemeinden – nicht als Ersatz für ehrenamtliches Engagement, sondern zur Unterstützung von Vereinen und bürgerschaftlichen Initiativen. In den kommunalen Verwaltungen sollte es eine verlässliche professionelle Unterstützung für die Zivilgesellschaft geben. Zugespitzt formuliert: Wir brauchen auf kommunaler Ebene Stellen für die Förderung und Unterstützung von Zivilgesellschaft und die Stärkung von gesellschaftlichem Zusammenhalt. Das ist genauso wichtig wie die Wirtschafts- und Standortförderung. Hierzu gibt es in zahlreichen Städten und Gemeinden bereits Aktivitäten und Initiativen, aber die Notwendigkeit der Förderung der Zivilgesellschaft ist im öffentlichen Be-

wusstsein und in den öffentlichen Verwaltungen noch bei weitem nicht so stark verankert, wie dies notwendig wäre. Um das zu erkennen, genügt der Blick auf die Organisationspläne der Gemeinde- und Stadtverwaltungen.

Gleichzeitig muss die nachhaltige Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten auf eine neue Basis gestellt werden. Das betrifft insbesondere die neue Form von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten, die sich nicht über Mitgliedsbeiträge finanzieren können und die in stärkerem Maße abhängig von staatlichen Zuwendungen sind. Diese staatlichen Zuwendungen kommen vielfach aus zeitlich befristeten Förderprogrammen, es gibt zumeist keine auf Nachhaltigkeit angelegte Finanzierung. Für Projekte und Initiativen, die nur für begrenzte Zeit geplant sind, ist das kein Problem. Am Beispiel der Helferprojekte und -initiativen im Bereich der Geflüchtetenhilfe hat sich aber wieder gezeigt, dass zwei- bis drei-jährige Förderphasen unzureichend sind und dass nicht wenige dieser Initiativen und Projekte nicht wissen, wie es am Ende des Jahres weitergeht. Das ist ein strukturelles Problem dieser Art von Initiativen, die auf der einen Seite großen Wert auf ihre Unabhängigkeit vom Staat legen, die auf der anderen Seite aber eben doch immer wieder abhängig sind von öffentlichen Mitteln. In diesem Zusammenhang könnte eine Engagementstiftung eine wichtige Rolle spielen, nicht als weiteres Füllhorn für Projekte, sondern um so eine dauerhafte Finanzierungsquelle für die Zivilgesellschaft zu schaffen, die unabhängig ist von den jährlichen Haushalten von Ministerien und ihren befristeten Förderprogrammen ist. Die Gründung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, die im Juli 2020 ihre Arbeit aufgenommen hat, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die bessere Verzahnung von Erwerbsarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. In Deutschland setzte bereits in den 1990er Jahren eine Debatte über die »bezahlte Bürgerarbeit« ein, in der versucht wurde, neue Arbeitskonzepte für die »post-industrielle Gesellschaft« zu entwickeln (vgl. Kommission für Zukunftsfragen 1997). Inzwischen wurden zahlreiche Gründe gegen die Einführung einer solchen bezahlten Bürgerarbeit vorgebracht, gerade auch aus der Zivilgesellschaft selbst. Aber die Grundfrage dieser Debatte bleibt weiterhin aktuell und wichtig: Wie kann die Durchlässigkeit zwischen der Arbeitswelt auf der einen Seite und dem ehrenamtlichen Engagement auf der anderen Seite verbessert werden, wenn die Arbeitswelt flexibler wird, und wenn gleichzeitig die ehrenamtlichen Tätigkeiten umfangreicher und anspruchsvoller werden. Eine Lösung wäre die Einführung eines bezahlten »Engagementurlaubs«. Auf diese Weise würde es

berufstätigen Menschen möglich, zeitweilig in größerem Umfang gemeinnützige Aufgaben zu übernehmen. Eine weitere Möglichkeit wäre die Förderung von Pro Bono-Aktivitäten von Mitarbeitern durch die Unternehmen. Davon würde im Übrigen nicht nur die Zivilgesellschaft profitieren; die von Mitarbeitern im Rahmen ihrer sozialen und kulturellen Tätigkeiten gesammelten Erfahrungen könnten auch den Unternehmen zu Gute kommen. Beide Beispiele zeigen auch: Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement ist nicht nur eine Aufgabe des Staates, dabei sind auch die Unternehmen gefordert.

Schließlich kann das bürgerschaftliche Engagement durch die Einrichtung von neuen Dialog- und Beteiligungsformaten, vor allem in den Kommunen, gestärkt werden. Zivilgesellschaftliches Engagement setzt ja nicht nur die Bereitschaft der Bürger zum Engagement voraus, sondern auch geeignete Gelegenheiten und Freiräume für Beteiligung. Inzwischen gibt es auf lokaler Ebene eine Vielzahl von Initiativen, um Bürger zu aktivieren und zu motivieren, und ihre Ideen in Bürgerdialogen, Bürgerforen und anderem mehr zu artikulieren. Die Kommunen haben sich in den letzten Jahren zu spannenden Experimentierfeldern für neue Formen der demokratischen Beteiligung entwickelt. Angesichts der zunehmenden Spaltungen in unserer Gesellschaft sollte bei der Förderung der Engagementbereitschaft der Bürger das Bauen von Brücken zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und die Verbesserung der Dialogfähigkeit und -bereitschaft eine zentrale Rolle spielen. Besonders wichtig scheinen mir Projekte, in denen es nicht nur um das »Mitreden« geht, und in deren Mittelpunkt das »gemeinsame Machen« steht, wie dies in der nachbarschaftlichen Selbsthilfe, in Bürgergenossenschaften, Dorfläden etc. der Fall ist. Auch solche Projekte bedürfen vielfach der öffentlichen Förderung, wie sie zum Beispiel das neue »Impulsprogramm gesellschaftlicher Zusammenhalt« des Landes Baden-Württemberg zur Verfügung stellt.

Kurz gesagt: Es gibt viele Möglichkeiten, wie man die Zivilgesellschaft fördern und stärken kann. Die Beiträge dieses Bandes haben deutlich gemacht, dass die Zivilgesellschaft in der Geschichte der Bundesrepublik wichtig und notwendig war. Jetzt kommt es darauf an, etwas tun, damit sie auch in Zukunft das leisten kann, was von ihr erwartet. Gerade in der Corona-Pandemie ist dies besonders offensichtlich geworden.

Literaturhinweise

- BMFSFJ (2017): Engagement in der Flüchtlingshilfe – Ergebnisbericht einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach. Berlin: BMFSFJ.
- Diani, Mario (2015): *The Cement of Society. Studying Networks in Localities*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Deutscher Bundestag (2020): *Dritter Engagementbericht Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter*, 19. Wahlperiode 14.05.2020, Drucksache 19/19320.
- Ebert, Olaf/Leseberg, Nina/Pautzke, Andreas/Stuth, Ana-Maria/Quednau, Tobias (2013): Kümmerer – Motoren der Bürgergesellschaft. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 26 (4), S. 88ff.
- Enquete-Kommission (2002): Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8900.
- Etzioni, Amitai (1975): *Die aktive Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gassert, Philipp (2018): *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Grande, Edgar (2018a): Der Wandel politischer Konfliktlinien – Strategische Herausforderungen und Handlungsoptionen für Volksparteien. In: Mack, Winfried (Hg.), *Zwischen Offenheit und Abschottung. Wie die Politik zurück in die Mitte findet*. Freiburg: Herder, S. 17-43.
- Grande, Edgar (2018b): Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1-2), S. 52-59.
- Inglehart, Ronald (1998): *Modernisierung und Postmodernisierung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Klie, Thomas/Klie, Anne Wiebke (Hg.) (2018): *Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum zweiten Engagementbericht*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kocka, Jürgen (2001): Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung. In: Kocka, Jürgen/Nolte, Paul/Randeria, Shalini/Reichardt, Sven, *Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel*. WZB Discussion Papers 01(801). Berlin: WZB, S. 4-21.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland: Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen*, München.

- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschier, Simon/Frey, Timotheus (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mayntz, Renate (1963): *Soziologie der Organisation*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Neidhart, Friedhelm/Rucht, Dieter (1993): Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft. In: *Soziale Welt*, 44(3), S. 305-326.
- Priemer, Jana/Krimmer, Holger/Labigne, Anaël (2017): *ZiviZ-Survey 2017: Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken*. Berlin: Stifterverband.
- Putnam, Robert D. (1995): *Bowling Alone: America's Declining Social Capital*. In: *Journal of Democracy*, 6(1), 65-78.
- Reckwitz, Andreas (2018). *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Renner, Andreas, 2001: Vereine sind besser als kurzfristiges Engagement. In: Teufel, Erwin (Hg.), *Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Richter, Thomas (2018): Weltweit verringerte Handlungsspielräume von Zivilgesellschaft. In: *GIGA FOCUS GLOBAL*, Nr. 5, Dezember 2018, S. 1-13.
- Rucht, Dieter (2017): Rechtspopulismus als soziale Bewegung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30(2), S. 34-50.
- Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (Hg.) 2017: *So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten*. Bielefeld: transcript.
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2017): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Wiesbaden: Springer VS.
- Zentrum Liberale Moderne (Hg.) (2019): *Abschlussbericht der Kommission »Sicherheit im Wandel – Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten stürmischer Veränderung«*. Berlin: Zentrum Liberale Moderne.

